

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Telegraphen-Nr. 22.

Ständeschriftlicher Jahrgang.

Telegr.-Nr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belehrung**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt**.

Besteht jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Bestellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 50 J. inklusive Bestellgeb. Einzelne Nummern kosten 10 J.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungs-Läden, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfszeile 12 J., die Restzeile 30 J. Geringster Inseratsbetrag 40 J. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Die heutige Nummer umfaßt 28 Seiten

außerdem das Illustrierte Sonntagsblatt.

Das Neueste vom Tage.

Die Staatsdebatte im Reichstag wurde durch eine Rede des Schatzsekretärs Bermuth eingeleitet, worauf der Kriegsminister von Heeringen die Militärvorlage begründete. (Siehe Leitartikel.)

Die Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer einigte sich auf einen Antrag, der eine Verschärfung der Steuerflora bedeutet.

Bei der Reichstagswahl in Labiau-Wehlau siegte der Freisinnige Wagner über den konservativen Kandidaten Burghardt. (Siehe Letzte Nachrichten.)

Aus Anlaß der Wahlen zum englischen Unterhaus kam es in Belfast zu kirmischen Straßenkämpfen, bei denen mehrere Personen verletzt und viele Schaufenster eingeworfen wurden.

Ein Wirbelsturm, der alles auf seinem Wege zerstückte, hat einen Teil Westspaniens heimgeführt. In der Provinz Bilbao forderte er mehrere Menschenopfer, zahlreiche Personen wurden verletzt.

Die erste Staatsberatung im Reichstag.

Zum ersten Male vielleicht seit vielen Jahren war bei der ersten Lesung des Etats der Platz des Reichszanlers unbefüllt. Trotzdem waren die Regierungstische überreichlich besetzt, da besonders der Kriegsminister von Heeringen mit einem sehr zahlreichen Stabe erschienen war. Auch auffallend viele Kolonialoffiziere waren anwesend, während der Staatssekretär des Kolonialamtes ebenso wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes fehlten.

Die Übersicht über die Finanzlage, die der Staatssekretär zu Beginn der Sitzung erstattete, war dieses Mal etwas länger ausgefallen, als man sie sonst von ihm gewöhnt ist. Sie unterschied sich aber trotzdem von den Reden, die man früher von diesem Platz aus zu hören gewöhnt war, durch ihren frischen, energischen Ton und die präzise Art und Weise, mit der der Staatssekretär in seiner Rede ohne weitschweifig zu werden, das wesentliche hervorhob.

Was Herr Bermuth in freier einstündiger Rede klarzumachen suchte, war folgendes: Ein neuer großer und sicherer Besitzstand an Einnahmen ist durch die Reform geschaffen worden; die Finanzlage des Reiches bessert sich langsam, und die begründete Hoffnung ist vorhanden, daß diese Besserung auch in den nächsten Jahren anhalten wird. Das Jahr 1910 hat keine herben Enttäuschungen gebracht, der Fehlbetrag ist gegenüber dem Vorjahr auf die Hälfte verringert worden, und zum ersten Male haben sich die verschiedenen Ressorts

an die Voranschläge gehalten. Ohne Anleihe geht es auch 1911 noch nicht, aber die Zeit wird kommen, wo wir ihrer nicht mehr bedürfen. (So wenigstens haben wir den Staatssekretär verstanden.) Die Fülle auf Tabak, Kaffee, Tee haben sich, wie erwartet, entwickelt, die Zigarettensteuer hat sogar etwas mehr als vorgesehen eingebracht, die Leuchtstoffsteuer, die Steuer auf langfristige Wechsel, die Effektensteuer entsprechen allerdings nicht den Erwartungen, und besonders die Zündwarensteuer hat enttäuscht, unter einer gewissen Erbitterung hat sie gelitten. Schlimm wäre es, wenn der Wirtschaftskörper des großen Deutschen Reiches den durch die fortschreitende Kriegstaxation geforderten Bedarf nicht ausbringen könnte. Dieser muß — die Worte waren ziemlich bestimmt an den Reichstag gerichtet — aus der von den Abgeordneten ja zuerst angeregten Zuwachssteuer gedeckt werden. Eine Verbrauchssteuer ist nicht die rettende Lat. Optimismus wäre in finanzieller Beziehung trotz der besseren Gestaltung des Etats verfehlt. „Aber“, so endete dieser Teil der Ausführungen des Staatssekretärs, „lassen Sie fest an, rütteln Sie daran, und Sie werden finden, daß das Gefüge fest ist.“ Der Schluß galt der Möglichkeit der Hebung des Kurzes unserer Reichsanleihen.

Der Schatzsekretär fand, als er geendet, recht starken Beifall, mehr als der ihm nachfolgende Kriegsminister v. Heeringen, der in schneidigem Ton eine knappe Ansprache über die Militärforderung bot. In etwa einer Viertelstunde hat er alles gesagt, was er in diesem Stadium für notwendig hielt. Der erste Redner aus dem Hause rückte an seine Stelle. Auf Freiherrn von Hertling hatte man sich eingerichtet, aber statt der kleinen Erzählung zeigte sich der schwarzbärtige Speck. Von einer allgemeinen Erörterung der politischen Fragen, so erklärte er, wolle das Zentrum absehen, aber außer der Staatskritik brachte er doch einige politische Fragen vor. So sprach er von dem einmütig geforderten Privatbeamten-gesetz, von der Reichsfinanzreform und den Neuwahlen, von der von Preußen veranlaßten Ostmarkenreise süd- und westdeutscher Abgeordneter, für die das Reich jetzt die Kosten zahlen solle, vom Verkauf des Tempelhofer Feldes, über den Fall des ehemaligen Reserveoffiziers Rechtsanwält Damann in Oberhausen und der Begnadigung der Bonner Borussen. Über den Fall Damann gab der Kriegsminister sofort Auskunft. Nach seinem vorläufigen Urteil hat Damann seine Ehre nicht hinreichend gewahrt. Angesichts einer ihm zuteil gewordenen schriftlichen Beseidigung hätte er den Ehrenrat benachrichtigen und eine gerichtliche Klage einleiten müssen. Von der Rötigung zum Zweikampf weiß der Minister nichts. Im Hause finden seine Ausführungen begrifflicherweise recht geteilte Aufnahme.

Freiherr v. Richthofen, der konservative Redner, der auf der Tribüne schwer verständlich war, beschränkte sich in seinen Ausführungen darauf, dem Schatzsekretär die Anerkennung seiner Partei auszusprechen und die Reichsfinanzreform gegen die aus den durchsichtigen Gründen gegen sie erhobenen Verabsetzungen in Schutz zu nehmen. Die Linke hätte die Finanzreform nicht anders machen können, sie sei ein großes nationales Werk, auf das die Urheber stolz seien. Die Rechte und das

Zentrum stimmten seinen Ausführungen lebhaft zu.

Ungefähr um 1/27 Uhr war die Sitzung beendet. Für Sonnabend sind als liberale Redner Bassermann und Wiener vorgemerkt.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Jagd bei Springe. Der Kaiser ist mit dem Erzherzog-Thronfolger von Osterreich und den übrigen Jagdgästen punkt 12 1/2 Uhr auf der Station Kaiserallee bei Springe eingetroffen. In Hannover waren Fürst Georg zu Schaumburg-Lippe und Fürst zu Inn- und Rapphausen und andere Jagdgäste in den Sonderzug aufgenommen worden. In Automobilen fuhr die Jagdgesellschaft nach dem nahe gelegenen Jagdschloß. Das erste Jagden fand in dem neuen Jagdrevier bei Grünhagen statt. Das Wetter war morgens regnerisch, doch klärte sich der Himmel gegen Mittag auf.

Erhöhung der Anwaltsgebühren. Entsprechend einer Resolution des Reichstags, die eine Erhöhung der Anwaltsgebühren gefordert hatte, war eine Enquete über das Einkommen der Rechtsanwälte aus Prozeßgebühren geplant. Diese Enquete scheiterte, wie der „Berl. Lokalanzeiger“ erzählt, daran, daß die Anwaltskammern die Verantwortung der Fragebogen ablehnten. Die Angelegenheit ist auf spätere Zeit vertagt worden.

Der Arbeitsplan des Reichstags nach Neujahr. Vorläufig ist beabsichtigt, im Reichstag vom 10. Januar ab zunächst die erste Lesung der Novelle zum Strafgesetzbuch und die zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes vorzunehmen. Hierauf sollen die noch ausstehenden kleineren Vorlagen und das Arbeitskammergesetz in dritter Lesung erledigt werden und im Anschluß darauf mit der zweiten Staatslesung begonnen werden, die bis Mitte März erledigt sein könnte. Die Reichsversicherungsordnung, die in der Kommission auch erst im Februar zu Ende beraten sein wird, soll dann folgen. Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung, das gegenwärtig noch dem Bundesrat vorliegt, und das mit der Reichsversicherungsordnung in Verbindung stehende Gesetz, betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes, werden dem Reichstag erst gegen Ende Januar zugehen.

Eine Novelle zum Militärstrafgesetzbuch und zur Militärstrafgerichtsordnung ist dem Reichstag zugegangen. Die Novelle, die nur formelle Bedeutung hat, ist notwendig geworden durch die im Etat für 1910 vorgesehene Umwandlung der Veterinärbeamtenstellen, sowie die Umgestaltung der Militärveterinär-Akademie. Die bisherigen Bestimmungen für das Sanitätskorps in den beiden Besetzen gelten nunmehr auch für das Veterinärkorps. Demnach erhält § 55 der Militärstrafgerichtsordnung folgende Fassung: „Ist der Angeklagte ein Sanitätsoffizier, ein Veterinäroffizier, ein Ingenieuroffizier oder ein Militärbeamter, so erfolgt die Bildung des Kriegsgerichts unter Berücksichtigung des Ranges des Angeklagten nach Maßgabe des § 50. Es sind jedoch, dem Range des Angeklagten entsprechend, in den Fällen des § 50 an Stelle der 2 Offiziere des niedrigsten Dienst-